

Neue Initiative kämpft für günstigere Wohnungen

Mieterverband Der Kanton soll Geld an Wohngenossenschaften und energetische Sanierungen von Mietwohnungen zahlen

VON ANDREAS MAURER

In Basel herrscht Wohnungsnot: Es gibt zu wenige günstige Wohnungen. Das zumindest kritisiert der Basler Mieterinnen- und Mieterverband (MV). Deshalb lanciert er eine Verfassungsinitiative für «bezahlbares und sicheres Wohnen für alle». Der Verfassungstext füllt eine halbe A4-Seite. «Wir haben ein Jahr daran gearbeitet», sagt Beat Leuthardt, Leiter der MV-Rechtsabteilung. Die Forderungen sind sehr offen formuliert. So verlangt die Initiative, «genügend bezahlbare Mietwohnungen für den Mittelstand» sowie für ärmere Leute.

Wie teuer darf eine bezahlbare Wohnung sein? Darauf liefert die Initiative keine Antwort. Auf Nachfrage sagt Leuthardt: «Die Miete sollte nicht mehr als 20 bis 25 Prozent des Haushaltsbudgets ausmachen. Wir glauben, dass die Mieten heute in Basel eher bei 35 bis 40 Prozent liegen.» Er hat die Initiative bewusst allgemein formuliert, damit sich möglichst viele Leute damit identifizieren können: «Alle von links bis rechts können die Initiative unterschreiben, ausser sie verdienen an der Spekulation.»

«Wir wollen nicht noch mehr gute Steuerzahler, sondern jene schützen, die schon da sind.»

Beat Leuthardt, Mieterverband

Aus seiner letzten Initiative hat der MV seine Lehren gezogen: Die Mietwohnschutz-Initiative scheiterte 2008 mit 39 Prozent Ja-Stimmen. «Uns wurde damals vorgeworfen, die Formulierungen seien zu fest zugespielt», erinnert sich Leuthardt. Er spricht aber von einem Achtungserfolg. Die noch fehlenden elf Prozent Stimmen will der Rechtsspezialist nun mit den allgemeineren Formulierungen holen.

Förderbeiträge für günstige Mieten

In der Basler Kantonsverfassung möchte die Initiative eine Reihe von zwingenden Massnahmen verankern. So soll der Kanton genügend Sozialwohnungen bereitstellen. Zudem soll er unter anderem Förderbeiträge an neue Genossenschaftswohnungen, an energieeffiziente Sanierungen und an die Beseitigung von baulichen Hindernissen für behinderte und betagte Menschen bezah-



Die Mietpreise in den vom Abriss bedrohten Rosenthalhäusern findet der Mieterverband «anständig»: Eine 3-Zimmer-Wohnung kostet rund 1200 Franken. Er fordert mehr Wohnungen in dieser Preisklasse. ZVG/G.STUDER

■ ZWEITE INITIATIVE: GRATIS-GERICHT FÜR MIETER

Gleichzeitig mit der Verfassungsinitiative lanciert der Mieterverband (MV) eine **Gesetzesinitiative**. Sie verlangt Gratis-Gerichte für Mietparteien. Diese sollen neu **keine Gerichtskosten** und Auslagen mehr bezahlen müssen für Verfahren der staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten sowie den Weiterzug ans Zivil-, Miet- und Appellationsgericht. «Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die in anderen Kantonen schon besteht oder verlangt wird», argumentiert der MV. In der Waadt hat der MV das Recht auf kostenlose Gerichtsverfahren im letzten Herbst mit 54 Prozent Ja-Stimmen gesichert. Der Zürcher MV sammelt derzeit ebenfalls Unterschriften für Gratis-Gerichte. (ÖPF)

len. Und zwar in Form so genannter Objekthilfe: Die staatlichen Beiträge sollen direkt in die Wohnungen investiert werden.

Leuthardt geht davon aus, dass seine Gegner diesen Punkt am härtesten attackieren werden: «Die Regierung scheut Objekthilfe wie der Teufel das Weihwasser.» Im Gegensatz zur Regierung glaubt er nicht daran, dass der Markt der Nachfrage nach günstigem Wohnraum gerecht werde. Die Regierung strebe ein «Elitewohnungsgesetz» an. «Wir wollen aber nicht noch mehr gute Steuerzahler, sondern jene schützen, die schon da sind.» Etwa mit vergünstigten energetischen Sanierungen: «Es nützt nichts, wenn eine Wohnung super saniert wird, aber nachher so teuer ist, dass der Mieter künftig unter der Mittleren Brücke nächtigen muss.»

Zonen für günstige Wohnungen

Die Verfassungsinitiative verlangt auch raumplanerische Massnahmen: Der Staat soll spezielle Zonen für günstige Mietwohnungen schaffen. «Man könnte zum Beispiel für die Zone Bruderholz 20 Prozent bezahlbare Wohnungen festlegen», schlägt Leuthardt vor.

Mit dem Sammeln der 3000 nötigen Unterschriften beginnt der MV im Mai. Da er 10 000 Mitglieder hat, wird die Initiative wohl locker zustande kommen. Der Verband plant die Kampagne praktisch im Alleingang: «Wir zählen vor allem auf die Unterstützung der Betroffenen und weniger auf jene der Parteien.»

Peter Malama vermutet einen internationalen Kuhhandel

UBS-Deal Haben Guantánamo-Häftlinge die Grossbank gerettet? Der Bundesrat dementiert einen direkten Zusammenhang.

VON DANIEL BALLMER

Für Peter Malama deutet alles auf einen «Kuhhandel» hin, den der Basler FDP-Nationalrat als «politisch inakzeptabel und rechtsstaatlich heikel» bezeichnet. Im Januar hatte das Enthüllungsportal Wikileaks eine US-Diplomaten-Depesche veröffentlicht. Inhalt: Die Schweiz habe im Streit mit den USA politische Konzessionen gemacht. Die damalige Wirtschaftsministerin Doris Leuthard habe klargestellt, dass die Aufnahme zweier Uiguren aus dem US-Gefangenenlager Guantánamo in direktem Zusammenhang stehe mit der politischen Beilegung der UBS-Affäre in den USA. Gleiches gelte für die Schliessung einer Schweizer Firma mit Beziehungen zum iranischen Atomprogramm.

Natürlich zeichne sich die Kunst der Diplomatie durch geschicktes Ver-



«Aussage gegen Aussage»: Peter Malama hat den Verdacht, dass der Bundesrat zum UBS-Deal nicht die ganze Wahrheit sagt. KN

handeln aus. Und selbstverständlich seien dabei auch Konzessionen einzugehen. Das weiss auch Malama. So mussten denn statt der ursprünglich von Washington geforderten 52 000 Kontendaten nur 4450 ausgeliefert werden. Vom Verfahren gegen die

UBS wurde abgesehen. Für die Rettung einer privaten Grossbank aber ist der Bundesrat für Malama zu weit gegangen. So sei nicht nur das Bankgeheimnis fallen gelassen worden, sondern es seien offensichtlich auch Konzessionen eingegangen worden,

«die inhaltlich in keinem Zusammenhang mit dem Fall UBS stehen».

Das sieht Bundesrätin Leuthard ganz anders. Sie hat eine direkte Verbindung zwischen dem UBS-Deal und der Aufnahme zweier Uiguren stets abgestritten. Immerhin habe der Bundesrat schon anfangs 2009 die Bereitschaft bekundet, Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen. Dass solche Themen in Gesprächen mit den USA angesprochen wurden, entspreche normaler Interessenwahrung.

«Es darf nicht sein, dass der Bundesrat einfach hinter dem Rücken des Parlaments politisiert.»

Peter Malama, FDP-Nationalrat

«Taktisch kluges Vorgehen»

Das sehen auch manche Parlamentarier so. Leuthards Parteikollege Bruno Frick spricht von einem «taktisch klugen Vorgehen». Der Bund habe sich schon früh bereit erklärt, Häftlinge aufzunehmen, erklärt der Präsident der ständerätlichen Sicherheitskommission: «Leuthard hat dieses Bekenntnis geschickt in die Ver-

handlungs-Waagschale geworfen.» Es sei ihr gelungen, die Interessen der Schweiz zu wahren – ohne übermässige Zugeständnisse zu machen.

Malama hat da sein Zweifel: «Meine Quellen sagen etwas anderes. Hier steht Aussage gegen Aussage.» Und er will es nun ganz genau wissen. In einer Interpellation fragt er den Bundesrat an, ob die Uiguren tatsächlich den UBS-Staatsvertrag gerettet haben. In der Vergangenheit habe der Bundesrat mehrmals betont, dass die Aufnahme der beiden Häftlinge rein humanitären Charakters gewesen sei. «Wie stellt sich der Bundesrat nach den Wikileaks-Enthüllungen zu dieser Aussage?», will Malama nun wissen. «Es darf nicht sein, dass der Bundesrat einfach hinter dem Rücken des Parlaments politisiert. Hier muss Transparenz herrschen», betont der FDP-Nationalrat. «Ich will einfach die Wahrheit wissen. Punkt. Schluss.»